

20. Parteitag der CDU Deutschlands

Dresden,
27./28. November
2006

- Rede der Bundeskanzlerin
und Vorsitzenden der
CDU Deutschlands
Angela Merkel
- Bericht des Generalse-
kretärs der CDU Deutsch-
lands Ronald Pofalla
– zugleich Zwischen-
bericht der Grundsatz-
programm-Kommission

- Rede der Bundeskanzlerin und Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Angela Merkel S. 3
- Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands Ronald Pofalla
– zugleich Zwischenbericht der Grundsatzprogramm-Kommission S. 17

Angela Merkel

„Grundwerte der CDU nicht gegeneinander ausspielen“

Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Zu Beginn aber ganz besonders: Liebe Frau Barzel, es ist für uns alle eine große Freude und Ehre, dass Sie heute zu unserem Bundesparteitag nach Dresden gekommen sind. Für dieses Zeichen der Zusammengehörigkeit auch über den Tod Ihres Mannes Rainer Barzel hinaus danke ich Ihnen und dankt dieser Bundesparteitag Ihnen von ganzem Herzen.

Liebe Freunde, Rainer Barzel gehörte einer Generation an, deren Lebenswirklichkeit von wirklich einschneidenden Erfahrungen geprägt wurde. Aus diesen Erfahrungen erwuchs sein geradezu existenzielles politisches Anliegen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit in einem geeinten Europa zu vollenden.

Daran hat er immer festgehalten, auch als andere längst aufgegeben hatten. Das wird meine Generation – noch dazu, wenn man aus der früheren DDR kommt – ihm nicht vergessen. Dafür sind wir immer dankbar.

Dass wir uns heute Morgen zum Gottesdienst gerade in der Dresdner Frauenkirche versammeln konnten – auch das ist Teil des Lebenswerkes von Politikern wie Rainer Barzel.

Wir haben da nicht nur ein prächtiges Gotteshaus bewundert; wir sahen vor allem ein bewegendes Zeugnis von Aufbauwillen und von Zukunftsglauben. Wiedererstanden ist dieses Wahrzeichen von Dresden gegen viel Widerstand, Kleinmut und Ungläubigkeit. Deshalb möchte ich allen danken, die an den Wiederaufbau dieser Kirche ge-

glaubt haben, die dabei mitgeholfen haben, dass dieses Symbol für Frieden und Versöhnung heute in Dresden für die Menschen offensteht. Es ist ein wunderbares Symbol.

Gelungen ist dies durch eine Initiative der Bürger. Das war Bürgersinn in seiner besten Form. Ich finde, so müssen wir die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens begreifen: als bürgerliche Initiative. Das gilt auch für uns, die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union. Jeder von uns trägt an seinem Platz in unserer Partei Verantwortung für unser Land.

Seit Sie mich im November 2004 erneut zur Parteivorsitzenden gewählt haben, ist viel geschehen – in der Union und in Deutschland. Für die CDU waren die letzten zwei Jahre eine Zeit großartiger Erfolge und – das sage ich ganz offen – auch herber Enttäuschungen.

Neben der Bilanz unserer Partei steht die Bilanz für Deutschland. Ich will hier von beiden Bilanzen sprechen, von der für unsere Partei und der für Deutschland, zwischen 2004 und heute.

Die Erfolge der Christlich Demokratischen Union seit 2004 waren zum Teil spektakulär gut. Im Februar 2005 gelang es uns nach 17 Jahren SPD-Herrschaft, in Schleswig-Holstein wieder das Ruder zu übernehmen.

Seither regiert Peter Harry Carstensen das Land in einer Großen Koalition. Schleswig-Holstein ist wieder auf Kurs in Richtung Erfolg! Peter Harry Carstensen gehört zu den beliebtesten Ministerpräsidenten in

Deutschland. Weiter so, Schleswig-Holstein!

Und dann kam der 22. Mai 2005, unvergessen: Jürgen Rüttgers und der gesamten Union ist etwas gelungen, worauf wir fast vier Jahrzehnte warten mussten. Eine fast 40-jährige SPD-Herrschaft in Düsseldorf wurde beendet! Jürgen Rüttgers regiert heute in einer schwarz-gelben Koalition das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Wachstum und Wohlstand haben wieder eine Chance. Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen verdient, meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Aber damit nicht genug: Im März dieses Jahres hat Günther Oettinger einen großartigen Wahlsieg in Baden-Württemberg eingefahren. Herzlichen Glückwunsch!

In Sachsen-Anhalt kann Wolfgang Böhmer seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Und seit September dieses Jahres ist Jürgen Seidel stellvertretender Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern.

In Rheinland-Pfalz gilt das Motto: Nach der Wahl ist vor der Wahl! Wir danken Christoph Böhr ganz herzlich für seinen großartigen Einsatz und wünschen Christian Baldauf alles Gute. Rheinland-Pfalz hat eine bessere Regierung verdient, liebe Freunde!

Und für Berlin, die deutsche Hauptstadt, haben wir gemeinsam mit Friedbert Pflüger das Ziel: Rot-Rot muss weg! Wowereit ist schon jetzt zweite Wahl, liebe Freunde! Diese Hauptstadt hat eine andere Regierung verdient als einen solchen Senat der Hilflosigkeit! Das müssen wir noch schaffen.

Liebe Freunde, auf Bundesebene haben



Bundeskanzlerin Angela Merkel

wir in den zurückliegenden zwei Jahren auch in der Endphase unserer Oppositionszeit noch die schlimmsten Dinge der damaligen rot-grünen Koalition verhindert. Wobei – sehr viel zu verhindern gab es eigentlich nicht mehr. Denn in Wahrheit herrschte nur eines: Stillstand auf ganzer Linie, Ratlosigkeit, wohin man schaute. Rot-Grün war mit seinem Latein am Ende!

Ohne uns, ohne unsere Ministerpräsidenten und ihre Mehrheit im Bundesrat, wäre unser Land voll gegen die Wand gelaufen.

Liebe Freunde, ich weiß, viele an der Basis haben in den letzten Monaten manchmal gesagt: Manch einer könnte vielleicht auch einmal an einer Fernsehkamera vorbeigehen, ohne etwas zu sagen.

Manchmal könnte man vielleicht „Ja, aber“ statt „Nein, aber“ sagen.

Es ist aber auch richtig: Von Leuten, die ohne unsere Unterstützung fast nichts mehr auf die Reihe gebracht haben, von Leuten, deren Ministerpräsidenten man an einer Hand abzählen kann, brauchen wir keine Belehrung über unsere Ministerpräsidenten. Wir sind stolz, dass wir sie haben und dass so viele Länder in Deutschland gut regiert werden.

Der größte Erfolg der letzten zwei Jahre seit unserem Düsseldorfer Bundesparteitag bleibt allerdings einer: Wir haben Rot-Grün beendet, und zwar vorzeitig! Wir haben Schröder aufs Altenteil geschickt, und zwar vorzeitig! Soll er jetzt mit seinen Memoiren durchs Land fahren, gute Reise! Wir machen inzwischen mehr aus Deutschland. Wir re-

gieren dieses Land, liebe Freunde. Und das ist wichtig und richtig!

Ja, ich räume ein: Im ersten Jahr der neuen Regierung ist nicht alles glatt und nicht alles rund verlaufen. Niemand ärgert sich zum Beispiel mehr als ich darüber, dass wir bei der EU-Richtlinie zum Antidiskriminierungsgesetz, die ich im Übrigen im Grundsatz für unsinnig halte, zwei Anläufe brauchten, bevor wir es geschafft haben, dass sie akzeptabel ist. Das sage ich ganz klar.

Aber unter dem Strich, liebe Freunde, gilt doch: Rot-Grün ist weg! Einen besseren Dienst konnten wir unserem Land nicht erweisen.

Diese Bundesregierung hat im ersten Jahr ihrer Arbeit mehr beschlossen und mehr erreicht als manche Vorgängerregierung in Jahren. Und trotz des nicht voll erreichten Wahlziels bei der Bundestagswahl können wir heute in Dresden sagen: 2006 ist ein gutes Jahr für Deutschland! Wir können dieses Land wieder erfolgreich machen – und darauf sind wir stolz!

Außenpolitisch ist Deutschland wieder geachtet. Wir sind ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt. Wir haben unsere Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika erneuert. Wir brauchen die USA, genauso wie die USA uns brauchen. Deswegen sage ich, dass zur Freundschaft natürlich auch gehört, dass man Dinge offen anspricht, wo man unterschiedlicher Meinung ist. Aber – und das ist der Unterschied zum Kanzler Schröder – das macht man nicht im Geiste des Misstrauens, sondern im Geiste des Vertrauens! Darauf beruhen die verlässlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika!

Genauso unverzichtbar für unsere Zukunft ist eine strategische Partnerschaft mit Russland. Aber auch hier gilt es, offen anzusprechen, wo wir unterschiedlicher Mei-

nung sind. Denn beim Schutz der Menschenrechte, beim Schutz von Meinungs- und Pressefreiheit kann es kein Zögern und Zaudern geben. Das werde ich wieder und wieder meinen Gesprächspartnern sagen, egal ob es der russische Präsident, die chinesische Parteiführung oder wer auch immer auf dieser Welt ist. Für die Christlich Demokratische Union gibt es bei den Menschenrechten keine Kompromisse. Sie sind unteilbar, liebe Freunde! Das war so und das bleibt für uns auch so.

Verteidigungspolitisch hat die Bundesregierung endlich, nach zwölf Jahren, wieder ein Weißbuch vorgelegt, das die neuen Bedrohungen, insbesondere den weltweiten internationalen Terrorismus, in den Blick nimmt und daraus die Aufgaben der Bundeswehr in unserer veränderten Welt bestimmt.

Deutschland übernimmt inzwischen Verantwortung in vielen Auslandseinsätzen der Bundeswehr: in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan, vor der Küste Libanons, im Kongo und am Horn von Afrika. Wir dürfen nie vergessen: Unsere Soldatinnen und Soldaten sind bereit, ihr Leben für unsere Werte und unsere Interessen einzusetzen. Manche von ihnen haben es im Einsatz verloren. Wir sind unseren Soldaten zu großem Dank verpflichtet.

Liebe Freunde, ich sagte es bereits: 2006 war ein gutes Jahr für Deutschland, außenpolitisch, aber auch gesellschaftspolitisch. Wir gehen auf dem Kurs der Stärkung der Familie, der Erziehung und der Bildung voran. Damit wagen wir mehr Freiheit. Wir tun das, weil wir wissen, wie unersetzlich Ehe und Familie für das Zusammenleben unserer Gesellschaft sind. Hier werden Werte gelebt und vorgelebt. Hier übernehmen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung. Deshalb ist und bleibt der Schutz

von Ehe und Familie im Grundgesetz – das werden wir in der Programmdebatte auch bekräftigen – für uns unverzichtbar.

Aber wir dürfen die Augen auch nicht vor der Tatsache verschließen, dass eine immer größer werdende Zahl von Familien heute nicht mehr allein in der Lage ist, die Erziehungsverantwortung wahrzunehmen. Fälle, wie das Schicksal des kleinen Kevin in Bremen, stehen leider dafür. Wir verfolgen das alles fassungslos. Für mich ist wichtig: Solche Fälle dürfen uns nicht nur ein paar Tage erschüttern, sie müssen uns dauerhaft aufrütteln, damit wir das Richtige tun und kein Kind mehr in die Gefahr gerät, einem solchen Schicksal ausgesetzt zu sein.

Es bleibt richtig: Die Familie ist und bleibt der beste Ort der Erziehung. Alle Betreuungs- und Bildungsangebote bleiben Angebote. Der Staat kann niemals die nahe und persönliche Aufmerksamkeit einer Familie ersetzen. Ebenso richtig bleibt aber auch, dass nicht immer das Rezept gilt: Privat geht vor Staat. Der Staat muss sich heute, um solche Ereignisse wie in Bremen zu verhindern, stärker engagieren. Daran führt kein Weg vorbei; denn wir können nicht einfach wegschauen, auch das mussten wir in den vergangenen Jahren lernen, liebe Freunde.

Auch innenpolitisch kann sich die Bilanz unseres ersten Regierungsjahres sehen lassen. Innere Sicherheit stärken und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ermöglichen – das ist unsere Devise. Wir führen den Kampf gegen den Terrorismus in unserem Lande mit den geeigneten Mitteln. Wir waren es, die Videoüberwachungen durchgesetzt haben. Wir waren es auch, die dafür gesorgt haben, dass eine Antiterrordatei in Deutschland eingerichtet wird, damit wir die richtigen Mittel in der Hand haben.

Wir besinnen uns auf unsere gemeinsamen Werte. Mit dem Integrationspfad, den

Integrationsplänen und dem Dialog mit dem Islam gehen wir völlig neue Wege, die von größter Bedeutung für das Miteinander in unserer Gesellschaft sind. Liebe Freunde, das ist der christdemokratische und heute endlich mehrheitsfähige Gegenentwurf zu Multikulti. Multikulti hat Deutschland in die Irre geführt, Multikulti ist gescheitert. Deshalb ist es richtig, dass wir heute andere Wege gehen. Das ist der Christlich Demokratischen Union und der Union insgesamt zu verdanken.

Heute stehen wir ganz selbstverständlich zu unserem Land, zu unserer Sprache, zu unserer Kultur und zu unserer Verfassung. Wir spüren auf einmal die Lebendigkeit, das Mitreißende unserer freiheitlichen Werte. Wir sind Deutsche und wir lieben unser Land, ohne jede Überheblichkeit, fröhlich, gastfreundlich und neugierig. Das ist Patriotismus im besten Sinne. Das ist einfach großartig!

Wir tragen damit ein neues, ein schönes Bild eines selbstbewussten Deutschlands in die Welt. Jeder, der in diesen Tagen reist, weiß, wie das anderswo gesehen wird.

Die haushaltspolitische Bilanz: Wir nehmen unsere Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen endlich wieder wahr. Der Haushalt entspricht endlich wieder den Vorgaben des Grundgesetzes. Wir haben die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, die Maastrichtkriterien werden seit Jahren das erste Mal wieder eingehalten. So beenden wir Schritt für Schritt das Leben von der Substanz.

Die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Bilanz kann sich ebenfalls sehen lassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in diesem Jahr um fast eine halbe Million Menschen zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen steigt. Das Wirtschaftswachstum ist doppelt so hoch wie 2005. Immer

weniger Unternehmen gehen pleite. Die Preissteigerung flacht ab. Die Lohnzusatzkosten sinken. Das sind Erfolge, auf denen wir aufbauen können.

Liebe Freunde, ich will nichts beschönigen. Wir haben 2005 wahrlich Wahlkampf für eine andere Koalition gemacht. Aber bei aller Aufrichtigkeit, mit der wir unsere Arbeit insgesamt bewerten, dürfen wir eines nicht übersehen: Auf eine Bilanz einer Regierungsarbeit, wie wir sie nach einem Jahr vorlegen können, haben die Menschen seit Jahren gewartet. Das ist die Wahrheit!

Sie haben darauf gewartet, dass sich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt endlich etwas bewegt. Das haben wir geschafft. Dabei wissen wir aber: Die Menschen haben Angst, dass die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft keinen Bestand haben können, dass es wieder einmal nur ein kurzes Strohfeder sein könnte. Darum müssen wir alles daran setzen, dass es dauerhaft in Deutschland aufwärts geht. Denn das Vertrauen der Menschen setzt auf Verlässlichkeit, und Vertrauen muss hart erarbeitet werden. Deshalb müssen wir die positiven Ergebnisse unserer Politik verstetigen, nachhaltig und unumkehrbar machen, damit die Menschen Hoffnung schöpfen können.

Um das zu schaffen, müssen wir uns immer wieder eines klar machen: Es gibt nicht die eine Großmaßnahme. Manchmal habe ich den Eindruck, manche warten auf eine Art Urknall, dann werde wieder alles gut. Das gibt es nicht, das ist Träumerei und hat mit realer Politik nichts zu tun. Was wir aber leisten müssen, ist die Kombination der vielen richtigen Schritte. Das ist das Erfolgsprinzip, nach dem wir bislang gehandelt haben. Das wird auch das Erfolgsprinzip sein, nach dem wir weiter vorgehen werden. Wir gehen viele kleine Schritte in die richtige Richtung.

Ja, es ist wahr: Wir regieren zusammen mit den Sozialdemokraten. So einfach liegen die Dinge. Dabei müssen wir uns immer klar machen: Ohne uns gäbe es nicht viele kleine Schritte in die richtige Richtung, aber mit uns, mit der Union, können wir unsere Handschrift deutlich machen. Das werden wir in der Großen Koalition für das Land und für die Menschen in diesem Land nutzen. Das werden wir auch weiterhin tun.

Nach der Weltmeisterschaft im eigenen Land, nach diesem einzigartigen Erlebnis der Gemeinschaft, des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, der Freude und der Weltoffenheit sage ich es einfach in der Sprache des Fußballs: Ein Jahr nach der Bundestagswahl befinden wir uns in der 23. Minute eines Fußballspiels. Ja, wir haben schon einige tolle Tore geschossen. Ja, wir hatten einige gute Chancen, aber gewonnen ist noch gar nichts. Weitere 67 Minuten Spielzeit liegen vor uns. Es gibt viele weitere Möglichkeiten, Chancen für Deutschland herauszuholen und sie zu nutzen.

Wir müssen uns weiter anstrengen, nicht nur die ersten 23 Minuten zu gewinnen, sondern das ganze Spiel. Als Teamchefin habe ich dabei die Aufgabe, dass wir möglichst viele Chancen für Deutschland und für die Menschen in diesem Land nutzen.

Dabei muss die Christlich Demokratische Union es schaffen, die eine Aufgabe des 21. Jahrhunderts zu erkennen und zu benennen. Diese eine Aufgabe entscheidet nach meiner festen Überzeugung über die Zukunft unseres Landes. Diese eine Zukunftsaufgabe ist und bleibt für mich die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Damit komme ich auf einen Gedanken zurück, der mich leitet, seit ich Parteivorsitzende bin. Ich weiß, viele von Ihnen haben skeptisch geschaut, als ich vor ein paar Jahren begonnen habe, von der Neuen Sozialen

Marktwirtschaft zu sprechen. Ich weiß auch, dass ich mit meinem ersten Anlauf nicht alle habe überzeugen können. Auf den Begriff Neue Soziale Marktwirtschaft kommt es mir dabei auch gar nicht zuallererst an. Vielleicht nennen wir diese Neue Soziale Marktwirtschaft in 20 Jahren ja Internationale Soziale Marktwirtschaft oder Globale Soziale Marktwirtschaft oder weiter Soziale Marktwirtschaft. Aber wichtig ist: Wir dürfen uns um das Eigentliche nicht herumdrücken.

Gut fünf Jahre nach der Arbeit unserer Kommission Neue Soziale Marktwirtschaft, ein Jahr nach Übernahme der Regierungsverantwortung als Bundeskanzlerin bin ich überzeugter denn je: Es muss der Union gelingen, die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wirklich anzugehen und zu bewältigen.

Ich sage Ihnen: Das ist mehr als Rhetorik, Kommunikationstricks oder irgendwelche sprachlichen Spielereien. Ich glaube, hier geht es um den Kern des politischen Handelns in unserem 21. Jahrhundert.

Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Werte, die unser Land so stark gemacht haben: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Denn, liebe Freunde, ich will, dass diese Werte auch im 21. Jahrhundert, im globalen Zeitalter, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch gelebt werden können. Das ist unser Ziel!

Wir müssen uns die Dinge ganz nüchtern anschauen: Viele Menschen haben Sorge und Zweifel, ob das der Politik gelingt, ob die Politik überhaupt noch genügend Einfluss hat, ob sie genügend Gestaltungskraft hat und ob die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert überhaupt noch Erfolg haben kann.

Damit wir uns die Dimension, um die es geht, einmal deutlich machen, ein ganz kleines Beispiel: In Europa, in der Europäischen

Union, leben 450 Millionen Menschen. Allein in China und in Indien zusammen leben 2,4 Milliarden Menschen. Diese beiden Länder stellen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Kürzlich hat der chinesische Präsident bei seinem Staatsbesuch in Indien gesagt, dass die Welt ein „wahrhaft asiatisches Jahrhundert“ sehen wird, wenn Indien und China ihre gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten verwirklichen.

Mir scheint, dieses eine Beispiel zeigt die ganze internationale Dimension unserer Zeit. Ich bin überzeugt: Wir müssen es schaffen, die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich im 21. Jahrhundert zeigt, zu erkennen, zu nutzen und zu gestalten. Das ist unser Auftrag.

Das ist keine theoretische Abhandlung, sondern ich bin überzeugter denn je: Der politischen Kraft in Deutschland, der es gelingt, die Fähigkeit und die Bereitschaft aufzubringen, die Soziale Marktwirtschaft auf die dazu notwendige neue Stufe zu heben, sie also umfassend zu erneuern, der politischen Kraft wird die Zukunft in unserem Lande gehören.

Warum? Liebe Freunde, ganz einfach auf den Punkt gebracht: 1998, als wir in die Opposition gehen mussten und unsere programmatische Erneuerung begonnen haben, waren die Probleme in unserer Wahrnehmung noch hauptsächlich – ich sage nicht nur, aber hauptsächlich – deutsch. Wir haben in der Analyse schon vieles darüber hinaus besprochen, aber bei den Lösungen haben wir, verkürzt gesagt, immer deutsch gedacht. Heute, 2006, sind die Probleme in der Analyse und auch in der Lösung tatsächlich global.

Das hat Folgen. Daran, ob wir in der Lage sind, aus den vielen richtigen Einzelmaßnahmen – vom Kombilohn über betriebliche Bündnisse für Arbeit, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bis hin

zu einem vereinfachten Steuerrecht, einer Gesundheits- und Pflegeversicherungsreform, der Föderalismusreform und vielem mehr –, daran also, ob wir in der Lage sind, aus all diesen vielen richtigen, zum Teil unter uns erstrittenen Einzelmaßnahmen ein Gesamtkonzept zu machen, das auch den globalen Ordnungsrahmen im Blick hat, daran entscheidet sich die Zukunft unseres Landes.

Nebenbei, daran entscheidet sich auch die Mehrheitsfähigkeit einer der beiden Volksparteien; daran entscheidet sich nach meiner festen Überzeugung, wer in Zukunft wieder 40 Prozent plus x erreichen kann. Große Koalition hin oder her, ich will, dass es die Christlich Demokratische Union ist, die diese Zukunftsaufgabe bewältigt. Ich will, dass wir es sind, die wieder 40 Prozent plus x erreichen können.

Liebe Freunde, die CDU hat immer in schwieriger Zeit Regierungsverantwortung übernommen. So war es 1949, als der Krieg das Land zerstört hatte und die Menschen unendlich viel Leid erfahren hatten. Wir waren es, die Brücken gebaut haben. Wir waren es, die dabei mitgemacht haben, Europa aufzubauen, die Erbfeindschaften beendet haben, die über den eigenen Tellerrand schauen konnten.

Und so war es 1982, als sich das Land in einer Wirtschaftskrise mit einer sprunghaften Vermehrung der Staatsschulden und steigender Arbeitslosigkeit befand. Wir – Helmut Kohl und später Theo Waigel – waren es, die den europäischen Binnenmarkt geschaffen haben, die sich zu einer einheitlichen Währung bekannt haben, damit wir unsere Kräfte bessern bündeln können.

Liebe Freunde, so ist es auch jetzt, im Jahre 2006. Auch wir haben in unserem Lande eine schwierige Situation vorgefunden: der Haushalt ein Sanierungsfall, kaum

Wachstum, fünf Millionen Arbeitslose, eine internationale Verunsicherung. Aber wir wissen, dass wir auf eines bauen können: Unser Land hat großartige Menschen, motiviert, flexibel und einsatzbereit. Das Land hat ein großes Potenzial an Ideen. Die Menschen erwarten, dass wir den Rahmen dafür schaffen, dass aus ihren Ideen auch Taten, Produkte und Geschäfte werden können.

Keine Partei hat in den letzten Jahren so intensiv um den richtigen Weg zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gerungen wie die Christlich Demokratische Union. Das hat auf unserem Parteitag in Erfurt 1999 begonnen, als wir mit den Erfurter Leitsätzen beispielsweise das erste Konzept für einen Kombilohn aufgestellt haben. Weiter ging es auf dem Dresdner Parteitag 2001 mit dem Antrag „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“, in dem wir zum ersten Mal das Konzept der betrieblichen Bündnisse für Arbeit entwickelt haben. Weiter ging es mit dem fast schon legendären Parteitag in Leipzig 2003, wo wir uns vorgenommen haben, Deutschland fair zu ändern. Dahinter verbarg sich ein revolutionäres Konzept für ein einfaches und gerechtes Steuersystem und für eine solidarische Gesundheitsprämie. Ohne dieses Konzept wäre es uns heute in der Bundesregierung nicht möglich gewesen, die Bürgerversicherung zu verhindern und die entscheidenden Weichenstellungen für die neue Gesundheitsversicherung vorzunehmen.

Leipzig war und bleibt ein wegweisender Parteitag, liebe Freunde. Das ist wichtig für uns, festzuhalten.

Wir haben die Programmatik dann 2004 mit unserem Antrag „Wachstum. Arbeit. Wohlstand“ fortgesetzt.

Dieser kurze Rückblick zeigt: Wir sind die Reformpartei in Deutschland. Wir wollen verändern, um Freiheit, Solidarität und Ge-

rechtigkeit zu bewahren. All diese Parteitage haben doch eines gemeinsam, nämlich die Erkenntnis, dass soziale Marktwirtschaft der Erneuerung bedarf.

Wir wissen seit Ludwig Erhard: Die Ordnung des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft setzt einen handlungsfähigen Staat voraus, der diese Ordnung garantiert. In dem Moment aber, in dem sich die Wirtschaft global ausbreitet, entzieht sie sich zunehmend der bisherigen Ordnungsfunktion des Nationalstaates. Liebe Freunde, dahinter steckt eine politische Dramatik. Wirtschaftsunternehmen planen weltweit, Regierungen dagegen haben das Wohl ihres jeweiligen Volkes im Auge zu behalten. Das Kapital fängt an zu wandern, entzieht sich den gewohnten, national geprägten Bewertungen, und plötzlich werden Dinge absolut gesetzt, die wir früher ganz anders beurteilt haben: zum Beispiel die Dividende am Ende des Jahres, der Aktienkurs und der Börsenwert.

Natürlich weiß ich, dass Unternehmen Gewinne brauchen. Aber die Politik muss sich doch die Frage stellen: Was steht im Mittelpunkt? Für uns Christdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt. Das war so und das muss so bleiben. Das ist der Auftrag des christlichen Menschenbildes. Es geht um die Würde jedes einzelnen Menschen. Das muss der Maßstab unseres Handelns bleiben, auch in Zukunft.

Ich glaube, die Dramatik der heutigen ökonomischen Herausforderungen ist mit den Umwälzungen zu vergleichen, die es vor 200 Jahren gab, als die feudale Agrargesellschaft durch die moderne Industriegesellschaft abgelöst wurde. Damals entstand die erste soziale Frage mit der Ausbeutung der Arbeiter, mit Kinderarbeit, Nachtarbeit von Frauen und großer Armut. Eine gültige und wirksame Antwort auf diese soziale Fra-

ge gelang nach vielen Irrwegen und katastrophalen Irrtümern im Grunde erst der Sozialen Marktwirtschaft. Nicht der Wechsel bzw. die Weiterentwicklung von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft war das Problem, sondern es brauchte eine lange Zeit, bis der menschliche Ordnungsrahmen dafür entwickelt war, nämlich die Soziale Marktwirtschaft.

Heute, liebe Freunde, ist es die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, die den Gestaltungsanspruch der Politik im 21. Jahrhundert wieder auf eine Probe stellt. Das Wissen wächst explosionsartig. Neues Wissen veraltet. Moderne Datennetze ermöglichen eine globale Verbreitung in Windeseile. Es entstehen völlig neue Instrumente der internationalen Kapitalmärkte. Die neue soziale Frage unserer Zeit hat deshalb damit zu tun, welchen Zugang zu diesen Entwicklungen und welche Teilhabe an diesen Entwicklungen die Menschen heute haben.

So kommen wir zu der zentralen politischen Herausforderung unserer Zeit: Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt, um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, am Wachstum und am Fortschritt zu ermöglichen? Ich fürchte, wenn wir diese Frage nicht schlüssig beantworten, dann wird politisches Handeln angesichts der atemberaubenden Geschwindigkeit der Veränderungen den Entwicklungen immer nur hinterherlaufen. Dann wird Angst das vorherrschende Gefühl. Dann werden neue soziale Verwerfungen die Folge sein. Dann werden die Menschen nicht mehr an die Kraft der Politik glauben. Deshalb bin ich überzeugt: Genau das muss verhindert werden. Das ist wahrlich keine graue Theorie; das berührt das tägliche Leben jedes Menschen. Ich empfinde es darum als so bahnbrechend, dass wir uns nach Jahrzehnten der Diskussion jetzt endlich entschlossen haben,

auf diesem Parteitag einen neuen Weg zu mehr Beteiligungsgerechtigkeit zu gehen, und zwar mit dem Konzept des Investivlohns, also der Teilhabe der Arbeitnehmer am Wertzuwachs des Faktors Kapital. Der Wertzuwachs des Faktors Kapital ist um vieles höher als der des Lohns. Wir haben dieses Instrument entwickelt. Es ist richtig und muss umgesetzt werden. Deshalb werden wir auch dafür werben, dass das mit den Sozialdemokraten in der Großen Koalition etwas wird. Es drängt nämlich, liebe Freunde.

Wir sind uns doch einig: Jeder in unserem Land wird gebraucht. Keiner soll ausgegrenzt werden. Arbeit für alle – dieser Leitsatz muss das Kernstück sozialer Gerechtigkeit sein. Die richtige Antwort darauf heißt allerdings nicht: Allzuständigkeit von Politik, sondern die richtige Antwort heißt: Politik muss an den richtigen Stellen loslassen können und an anderen Stellen eingreifen. Dafür brauchen wir eine internationale Ordnung des Wettbewerbs. Schüren von Angst, Abschottung und Protektionismus, sind nicht die richtigen Antworten. Es geht auch nicht um eine Ordnung für irgendeinen fiktiven Weltstaat. Das wäre eine sozialistische Antwort. Wohin das führt, braucht man mir nicht zu erzählen. Es geht vielmehr um neue Mechanismen privaten und politischen Handelns in internationalen Organisationen.

Denken wir an die Welthandelsorganisation: Ja, ich will, dass der Welthandel frei und fair gestaltet wird. Er ist aber nicht fair, wenn er über jeden Sozial- und Umweltstandard hinweggeht. Wir brauchen eine Verzahnung der verschiedensten Bereiche, der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Die Welt braucht einen neuen Stellenwert von Private Public Partnership. Die Welt braucht mehr Transparenz auf den Ka-

pitalmärkten. Wir brauchen einen allgemein anerkannten Schutz des geistigen Eigentums. Wir können es wenden, wie wir wollen: Wenn es nicht woanders akzeptiert wird, dass man geistiges Eigentum nicht rauben darf, dann werden wir keinen Erfolg haben und den Wohlstand nicht halten können. Wir brauchen auch internationale Abkommen zur Ethik, weil wir doch merken, dass vieles national gar nicht mehr zu schaffen ist. Daran müssen wir arbeiten.

Ich will zwei Herausforderungen der Menschheit nennen, bei denen das ganz unmittelbar spürbar wird:

Die erste Herausforderung besteht darin, die Welt ausreichend mit bezahlbarer Energie zu versorgen. Öl- und Gasreserven sind begrenzt. Länder wie China wollen ihren Wohlstand verdoppeln. Ich kann viele andere Länder aufzählen, für die das auch gilt. Wollen wir nun den Menschen in diesen Ländern verwehren, auch einmal besser zu leben? Nein, so haben Christdemokraten noch nie gedacht. Ich füge hinzu: So werden wir auch nie denken; das verbietet uns das christliche Menschenbild. Das christliche Menschenbild endet weder an unseren Landesgrenzen noch an den Grenzen Europas. Wenn wir so dächten, gäben wir unser christliches Menschenbild preis. Niemals werden wir das tun! Das „C“ ist konstitutiv für die Christlich Demokratische Union, liebe Freunde.

Ganz eng mit dem Thema Energie hängt das Thema Klimaveränderung zusammen. Manch einer will es nicht ganz wahrhaben, aber es ist so: Im Jahre 2020 wird es keinen Gletscher mehr auf der Zugspitze geben. Wir haben heute mit Fluten zu kämpfen. Schauen Sie sich einfach nur einmal die Größe der Seenotrettungsboote vor Helgoland an: Sie waren vor einigen Jahren 20 Meter lang; heute müssen sie 50 Meter lang

sein, um die Wellen auszuhalten. Fragen Sie einmal die Winzer in Rheinland-Pfalz nach der Trockenheit oder sprechen Sie mit denjenigen, die heute in der Uckermark Bäume pflanzen. Man weiß heute nicht mehr, ob dort die Eiche noch in 50 Jahren gedeihen wird.

Was bei uns nur ganz wenig sichtbar ist, ist in Spanien und Portugal schon fast als Wüstenbildung sichtbar. Liebe Freunde, wenn Sie nach Afrika gehen, sehen Sie: Wir haben heute wegen Umweltschäden schon mehr Migrationsbewegungen als wegen Bürgerkriegen. Das müssen wir verändern. Wir haben das Zeug dazu; denn wir können neue Technologien entwickeln, wir können mit Energie effizient umgehen und wir haben es in der Hand, die alten ideologischen Debatten endlich zu beenden. Ich werde es immer für unsinnig halten, technisch sichere Kernkraftwerke, die kein CO₂ emittieren, abzuschalten.

Sie werden sehen: Eines Tages werden auch die Sozialdemokraten das einsehen. Es dauert halt immer etwas länger.

Liebe Freunde, deshalb rufe ich uns, die CDU, auf, vom Schutz des Klimas und dem Zugang zur Energie mit der gleichen politischen Entschlossenheit zu reden, mit der wir heute schon über Demografie und Globalisierung reden.

All das kennzeichnet den internationalen Rahmen. Wir haben dabei Riesenchancen, an die Spitze zu kommen, im Übrigen mit unseren europäischen Partnern. Wir werden diese Themen auf die Agenda der EU- und der G-8-Präsidentschaft setzen.

Bei diesem internationalen Rahmen wird es darauf ankommen, dass wir Partner haben, die ein gemeinsames Fundament von Werten vertreten. Das haben wir in der Europäischen Union und das haben wir zwischen der Europäischen Union und den Ver-

einigten Staaten von Amerika. Wir müssen unsere Kräfte bündeln – auf dem Fundament eines gemeinsamen Werteverständnisses, wie es von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung bis zum Grundrechtskatalog der Europäischen Union gegeben ist.

Wir dürfen nicht ängstlich sein, weil neue Wettbewerber dazugekommen sind; wir müssen vielmehr unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und faire Bedingungen für alle herstellen. Das geht nur, wenn wir uns unserer Überzeugung, wenn wir uns dessen, was uns leitet – Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit –, bewusst sind und wenn wir bereit sind, das auch wirklich einzubringen.

Bei denen, die anders leben, bei denen, die unsere Art zu leben, zerstören wollen, werden wir nur Respekt bekommen, wenn wir wieder lernen, für unsere Überzeugung gemeinsam entschieden einzutreten.

Nun fragt vielleicht manch einer, ob ich gerade dabei bin, die Bodenhaftung zu verlieren. Ich sage: Nein. Das Gegenteil ist der Fall. Erst mit der Fähigkeit, nationale Interessen und globales Handeln tatsächlich zu verbinden, werden wir hier bei uns zu Hause wieder in die Lage versetzt, Politik so zu gestalten, wie wir das für richtig halten.

Natürlich müssen wir dafür auch zu Hause weiter unsere Arbeit machen. Wir müssen die Prioritäten unseres politischen Handelns neu ordnen. Wir müssen diese Prioritäten ordnen, indem wir aufhören, von der Substanz zu leben, und wieder im Blick auf die nächste Generation arbeiten. Das heißt, dass wir endlich sehr viel schneller die Maßnahmen zu lebenslangem Lernen ergreifen müssen.

Es geht um den Wettlauf und den Wettkampf um die besten Köpfe. Wir haben jetzt eine Hightechstrategie entwickelt. Diese

Hightechstrategie gilt es umzusetzen; denn wir wollen wissenschaftlichen Fortschritt und wissenschaftliche Erkenntnisse enger mit den Produkten zusammenbringen.

Deutschland will an die Weltspitze. Wir sind kein Land für Mittelmaß. Wir dürfen nicht zulassen, dass die besten Köpfe unser Land verlassen, sondern die besten Köpfe, die schon weg sind, müssen wieder in unser Land zurückkommen, liebe Freunde; das muss unser Ziel sein.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will die Integration von Menschen anderer Kulturen. Dazu gehört ein aufrichtiger Dialog der Kulturen. Dazu gehört auch ein aufrichtiger Dialog der Religionen. Dazu gehört vor allem erst einmal ein Bekenntnis: Es gibt keine Gewalt im Namen von Religion. Das muss ein für allemal und gegenüber jedermann klar sein.

Es ist wahr: Europa ist kein Christenklub. Aber wahr ist auch: Europa ist ein Grundwerteklub. Hier bei uns gelten Menschen- und Bürgerrechte. Diese Menschen- und Bürgerrechte beruhen bei uns ganz wesentlich auf dem Menschenbild des Christentums.

Unser Werteverständnis leitet uns deshalb auch bei den Gesprächen mit der Türkei. Wenn der Fortschrittsbericht, der an vielen Stellen eher ein Rückschrittsbericht ist, ein Bericht ist, bei dem Defizite benannt werden, dann müssen wir das sagen. Wenn die Türkei das Ankara-Protokoll nicht einhält, also Zypern quasi nicht akzeptiert, dann kann es ein einfaches „Weiter so!“ bei den Verhandlungen mit der Türkei nicht geben.

Wir führen ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei. Aber als Parteivorsitzende sage ich: Es war richtig und es bleibt richtig, der Türkei statt der Vollmitgliedschaft die privilegierte Partnerschaft mit der Europäischen Union anzubieten. So sagen wir es auch in unserem Antrag.

Eine Politik, die auf die nächste Generation gerichtet ist, will eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wissen, dass die Wahlfreiheit, von der wir viele Jahre gesprochen haben, nicht die Realität war. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele Frauen zwischen Beruf und Kind zu entscheiden hatten – in diese oder jene Richtung. Das war einer der Gründe dafür, dass wir das Elterngeld einführen. Aber ich sage für die Christlich Demokratische Union auch: Wir werden niemals Lebensentwürfe gegeneinander ausspielen. Wer sich für Familienarbeit entscheidet, ist uns genauso herzlich willkommen wie der, der Beruf und Familie zusammenbringen will. Das ist immer unser Bild vom Menschen gewesen.

Wir werden in unserer Politik, die auf künftige Generationen gerichtet ist, auch niemals dazu kommen, dass wir die Jungen gegen die Älteren ausspielen. Wir investieren in die Jugend und wir mobilisieren die Erfahrung der Älteren. Wie mit der Erfahrung von Älteren in unserer Gesellschaft umgegangen wird, das ist Verschwendung und Vergeudung von Ressourcen und Erfahrung. Deshalb ist Erfahrung Zukunft, liebe Freunde; das müssen wir in unserer Arbeit deutlicher machen.

Wir haben schließlich gesagt – dort, wo wir regieren, wird das auch praktiziert –: Wer in die Schule kommt, egal ob ausländischer Abstammung oder deutscher Abstammung, muss einen Sprachtest absolvieren. Liebe Freunde, wir wollen Kindern Chancen geben – jawohl! –, aber wir sind auch der Überzeugung, dass die denkbar falscheste Antwort die Einheitsschule ist, wie sie in Berlin jetzt wieder Urständ feiert.

Da kann Bildungsminister sein, wer will: Wer den Kindern keine Chance gibt, der macht fatale Experimente auf dem Rücken von Kindern.

Eine Politik, die auf zukünftige Generationen gerichtet ist, fördert die kleinen Einheiten. Deshalb brauchen wir für die Bundesländer-Finanzbeziehungen endlich eine Ordnung, bei der keine Ebene mehr Schulden zulasten der Zukunft macht. Wir brauchen den Abbau von Bürokratie. Wir brauchen eine Erbschaft- und Unternehmenssteuerreform, so wie wir sie jetzt vorgelegt haben. Wir müssen es schaffen, die Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an den Faktor Erwerbsarbeit ein Stück zu lösen, auch wenn das nur langsam geht; ich halte das nach wie vor für richtig.

Eine Politik, die auf zukünftige Generationen gerichtet ist, hat im Zentrum natürlich die Frage: Was müssen wir auf unserem Arbeitsmarkt ändern? Deshalb beraten wir auf diesem Parteitag auch zwei Anträge zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung. Der eine Antrag bekräftigt noch einmal unsere Forderung nach betrieblichen Bündnissen für Arbeit und nach der Lockerung des Kündigungsschutzes. Der andere Antrag unterstreicht unsere Forderung nach einer stärkeren, aber aufkommensneutralen Staffellung bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes I nach der Einzahlungsdauer.

Dies wollen wir – darüber haben wir im Übrigen in der vergangenen Legislaturperiode viel diskutiert –, weil für Ältere das Risiko höher ist als für Jüngere, keinen neuen Arbeitsplatz zu finden. Für mich gehören all diese Anträge zusammen.

Wir stellen damit unter Beweis: Wir machen Politik für alle. Wir machen Politik für diejenigen, die Sorgen haben und die ein Interesse daran haben, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir vereinfachen Neueinstellungen. Wir machen Politik für diejenigen, die Arbeit suchen und die es besonders schwer haben, wieder Arbeit zu finden.

Ich finde, in diesen Anträgen spiegelt sich unsere Christlich Demokratische Union wider, die CDU, die seit 60 Jahren in der Mitte der Gesellschaft steht, unsere CDU, die große Volkspartei der Mitte.

Liebe Freunde, wir alle sind Teil einer großen politischen Familie. Das heißt, wir achten die Meinung des anderen und seine Persönlichkeit. Niemand von uns darf für sich beanspruchen, allein für die richtige Meinung oder für die bessere Richtung in der Partei zu stehen. Als Physikerin sage ich: Flügel geben Auftrieb. Als Politikerin füge ich hinzu: Das gelingt aber nur, wenn die Flügel nicht gegeneinander stehen. Wir müssen miteinander versuchen, das Beste für unser Land zu machen.

Ich füge hinzu: Wirtschaft und Soziales waren bei uns nie Gegensätze. Das eine kann ohne das andere nicht gelingen. Wir sind die Partei von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Schichtendenken bzw. Klassendenken ist und bleibt uns fremd. Das wird es auch in Zukunft nicht geben dürfen. Sonst sind wir keine Volkspartei mehr, liebe Freunde. Das ist die Wahrheit.

Meinungsvielfalt ist gelebte Demokratie, erst recht in unserer Partei. Ringen wir um die Sache, leidenschaftlich und jeder mit seinen besten Argumenten! Tun wir das zugleich mit großem Ernst! Tun wir das mit dem gebotenen Respekt vor der Meinung des anderen! Nur dann erreicht unsere Botschaft auch die Bürger.

Wir merken, dass die Aufgabe, vor der wir stehen, groß ist. Ich glaube, es lohnt sich, weiterhin auf die Kraft der Freiheit für Gerechtigkeit und Solidarität zu setzen. Für mich ist und bleibt die Freiheit der entscheidende Schlüssel – ohne die Grundwerte gegeneinander auszuspielen –, damit Gerechtigkeit und Solidarität eine Zukunft haben.

Liebe Freunde, der Wille zu politischen Weichenstellungen ist stets mit zum Teil erbittertem Widerstand verbunden, zumindest mit Skepsis und Fragen. Das wird bei der Frage der Neuen Sozialen Marktwirtschaft bzw. der Internationalen Sozialen Marktwirtschaft wieder so kommen. Es geht mir aber nicht vordergründig um den Begriff, sondern um das Thema. Ich bin für das Machbare. Aber auch das Machbare braucht Visionen. Deshalb werde ich nicht locker lassen, immer wieder deutlich zu machen: Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards wird nicht nur nicht mutwillig preisgegeben. Die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren nicht nur nicht ihre Gültigkeit. Vielmehr verschafft uns erst das Erkennen des Neuen an der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert wieder die Voraussetzung, dass genau die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft angewendet werden können.

Nur wenn wir akzeptieren, dass die Globalisierung keine Naturkatastrophe ist, wenn wir glauben, dass Politik gestalten kann, können wir allen die Chance auf Teilhabe geben. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die heute alle im Munde führen, haben wir unterstützt, als noch viele gegen sie waren. Das Stenografische Protokoll über die erste Bundestagsdebatte dazu weist aus: „Lachen links.“ Aber langfristig hat sich erwiesen: Wir hatten Recht! So wird es auch bei unserem neuen politischen Konzept sein.

Ich möchte, dass wir es sind, die mit einem umfassenden Konzept den Menschen die Angst nehmen, damit Angstkampagnen à la Schröder in diesem Lande nie wieder eine Chance haben.

Die CDU hat immer die Kraft zu schwierigen Entscheidungen gehabt. Sie hat als Partei immer davon profitiert. Wir wissen: Ja,

auch wir haben in den 90er-Jahren zu spät und zu zögerlich mit den Reformen begonnen. Aber die SPD hatte damals die Zeichen der Zeit noch gar nicht erkannt. Die SPD hat sich immer gern als gesellschaftliche Avantgarde verstanden. Aber in Wirklichkeit war sie allzu oft die Nachhut. Ich will, dass es dabei bleibt, dass wir die Avantgarde sind, dass wir die Lösung der Probleme angehen und dass wir das auf unserem historischen Fundament tun. Wir können stolz sein, dass wir das so oft geschafft haben.

Die letzten 57 Jahre haben CDU-Bundeskanzler unser Land 37 Jahre regiert. Von christdemokratischen Kanzlern sind für Deutschland wichtige Impulse ausgegangen: von Konrad Adenauer, von Ludwig Erhard, von Kurt Georg Kiesinger und von Helmut Kohl. Jetzt will ich meinen Beitrag leisten. Ich weiß, dass ich das nicht alleine kann. Ich benötige Ihre Unterstützung. Ich danke Volker Kauder und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich danke Ronald Pofalla, dem Konrad-Adenauer-Haus und dem ganzen Bundesvorstand für die großartige Zusammenarbeit. Ich danke Edmund Stoiber für das gute Miteinander von CDU und CSU.

Gemeinsam können wir Deutschland voranbringen. Die Zeichen dafür stehen gut. Die Union stellt elf von 16 Ministerpräsidenten. Sie ist in 14 von 16 Landesregierungen vertreten. Ein Wechsel zu einer CDU-geführten Regierung lohnt sich immer.

Ja, wir wollten im vergangenen Jahr ein anderes Regierungsbündnis. Ja, große Koalitionen sollen und müssen die Ausnahme in unserer parlamentarischen Demokratie sein. Aber jetzt haben wir diese Große Koalition, die uns der Wähler aufgegeben hat. Wir arbeiten gut zusammen. Vertrauen ist da. Ich will, dass wir den Menschen zeigen, dass wir das Beste aus dem Wählerauftrag machen.

Die Union stellt viele Hundert Bürgermeister und Landräte. In Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden sowie in unseren Vereinigungen engagieren sich unsere Mitglieder. Sie alle stehen draußen auf den Straßen, auf den Plätzen und an ihrem Arbeitsplatz. Ich weiß, dass sie es nicht immer leicht haben. Lassen Sie mich deshalb ganz einfach ein Wort sagen: Danke.

Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz, ohne den nichts, aber auch gar nichts gelingen würde.

Liebe Freunde, heute bekräftigen wir unsere Werte in einer Gesellschaft, die einen ganz neuen, selbstverständlichen Patriotismus lebt, in einer Gesellschaft, die die Bedeutung bürgerlicher Tugenden, die Leistungsbereitschaft, Verantwortung und Gemeinsinn wieder zu spüren beginnt, in einer Gesellschaft, für die Kinder, Familie und Religion, der Glaube an Gott wieder wichtiger

werden, in einer Gesellschaft, die die Erfahrung älterer Menschen neu schätzen lernt und eine würdige Kultur des Alterns entwickelt, in einer Gesellschaft, die sich der fundamentalistischen Bedrohung unserer Grundwerte bewusst wird und bereit ist, ihre Ordnung zu verteidigen.

Arbeiten wir weiter! Die ersten Schritte sind getan, und wir wollen gemeinsam unseren Weg zum Besseren gehen! Ich will, dass wir gemeinsam den Willen spüren, Deutschland wieder an die Spitze Europas zu führen. Ich will, dass wir Politik aus der Überzeugung machen, dass Deutschland seine besten Jahre nicht hinter sich hat, sondern dass Deutschland seine besten Jahre vor sich hat.

Ich glaube, die Arbeit lohnt sich. Deutschland können wir gemeinsam erfolgreich machen. Das ist unser Auftrag als Christlich Demokratische Union.

Ronald Pofalla

„Unsere Grundwerte bedingen einander“

Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor etwa einem Jahr haben Sie mich zum Generalsekretär der CDU Deutschlands bestellt. Das ist eine große Ehre; denn die Christlich Demokratische Union ist eine großartige und stolze Partei.

Wir sind die Volkspartei, die Politik für alle Menschen in Deutschland macht. Wir haben – wie keine andere Partei – die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Wir sind – wie keine andere Partei – im ganzen Land verwurzelt. Wir sind die Volkspartei für ganz Deutschland. Und hier in Dresden füge ich hinzu: Das waren wir auch, als Andere die Wiedervereinigung längst aufgegeben hatten.

Ich bin der erste Generalsekretär unserer CDU zu Beginn einer Großen Koalition. Das ist eine echte Herausforderung. Und ich bin Generalsekretär in einer Zeit großer Umbrüche. Wir haben die Kraft, auf die veränderten Herausforderungen mit neuen Antworten und neuem Stil zu reagieren. Deshalb werden wir Wahlen gewinnen und bürgerliche Mehrheiten erobern. Mein Ziel für die nächste Bundestagswahl ist und bleibt 40 Prozent plus X.

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der nur auf „Hau drauf und Krawall“ aus ist, bin ich der Falsche. Nur auf die Anderen einkloppen: Das ist der Stil von gestern. Das überlassen wir Herrn Struck und Anderen. Aber klar bleibt auch: Wer uns in Zukunft angreift, muss wissen, dass wir uns wehren. Wir werden uns wehren!

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der nur im „akademischen Elfenbeinturm“ sitzt: Auch dann bin ich der Falsche. Nach-

denken ist wichtig – aber nachdenken im Denkerstübchen alleine reicht nicht. Politik muss raus zu den Menschen, rein ins Leben, ran an die Wirklichkeit. Dafür stehe ich zur Verfügung.

Wenn Sie allerdings einen Generalsekretär wollen, der den Anderen Grenzen aufzeigt und nicht vergisst, zu sagen, wofür wir stehen: Dann bin ich der Richtige.

Wenn Sie einen Generalsekretär wollen, der immer für seine Ziele gekämpft hat, einen Generalsekretär, der von Kindesbeinen an weiß, dass das beharrliche Bohren dicker Bretter zum Erfolg führt: Dann bin ich der Richtige.

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie, aus einer Familie, die auch in schweren Zeiten zusammengehalten hat. Und ich bin noch heute meinen Eltern überaus dankbar; denn sie haben mir beigebracht: Es lohnt sich, für eine bessere Zukunft hart zu arbeiten. Nach den Erfahrungen in meiner Familie und meiner Jugend war für mich ganz klar: Meine Partei ist die CDU!

Wenn Sie also einen Generalsekretär wollen, der weiß, dass es in der Politik immer und immer wieder um Menschen geht, dann lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit annehmen.

Wir haben den Menschen eine Menge zu bieten. Wir haben nicht nur den Anspruch, sondern auch das Rüstzeug und den Kompass, um Deutschland erfolgreich zu machen.

Und die SPD? Erst redet sie über Heuschrecken, dann über Leistungsträger, jetzt über die Unterschicht. Aber neue Antworten? Fehlanzeige! Neuer Stil? Fehlanzeige! Beck sähe sich vielleicht gerne als zweiten

Helmut Kohl. Als Freund von Helmut Kohl kann ich allerdings eindeutig sagen: Dazu fehlt ihm das Format. Und ich füge hinzu: auch das Gewicht.

Liebe Freunde, zu unserem Profil gehört: Wir lassen niemanden zurück. Jeder wird gebraucht. Wir finden uns niemals mit Massenarbeitslosigkeit und Chancenlosigkeit ab. Das Ziel der Vollbeschäftigung geben wir nie auf.

Für uns gilt nach wie vor: Vorfahrt für Arbeit.

Wir finden uns nicht damit ab, dass Außenseiter heranwachsen, dass Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir finden uns nicht ab mit jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, und Älteren, die dem Jugendwahn zum Opfer fallen. Da lassen wir auch die Unternehmer nicht aus der Verantwortung. Das muss sich auch in Deutschland ändern!

Wir lassen nicht zu, dass Menschen stigmatisiert werden. Menschen, die von Transferleistungen leben müssen, sind keine Unterschicht! Das sollte die SPD eigentlich wissen. Kurt Beck hat, wie ich finde, aus der Debatte nichts gelernt. Schlimmer noch: In einer englischen Zeitung hat er die Begründung für seine Politik der Ausgrenzung gleich mitgeliefert. Zitat Beck: „Wir sind nicht das Rote Kreuz!“ Das ist sozial kalt, das ist beschämend! Das wird niemals Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands werden.

Wir geben jedem Menschen eine Chance. Und wenn es nötig ist, eine zweite; wenn es nötig ist, auch eine dritte. Denn: Chancengerechtigkeit ist die soziale Frage unserer Zeit.



Generalsekretär Ronald Pofalla

Wir stehen für unsere Werte ein. Karikaturenstreit, Opernabsetzung, Morddrohungen gegen Kopftuchkritiker – alles das hat gezeigt: Es ist notwendig, für unsere Werte einzustehen. Ja, wir müssen sie offensiver als bisher vertreten. Denn es gibt auch in unserem Land Menschen, die unsere Art, zu leben, nicht akzeptieren. Ich füge hinzu: Und das akzeptieren wir nicht!

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir lassen nicht zu, dass sich unter dem Deckmantel der Toleranz Unfreiheit breitmacht. Heute ist durch verschiedene Beiträge deutlich geworden – dem kann ich nur zustimmen –: Die neue Innenpolitik unseres Bundesinnenministers, die neue Politik des Dialogs, ist der richtige Weg. Multikulti ist in Deutschland endgültig gescheitert!

Wir bekämpfen „Ehrenmorde“ und Zwangsehen. Wer zu uns kommt, muss Deutsch lernen und unsere Verfassung anerkennen. Darauf werden wir weiter bestehen.

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir werden alles dafür tun, damit jeder seine Meinungs- und Religionsfreiheit ungehindert ausüben kann. Aber ich erwarte Respekt für unsere Werte und unsere Art, zu leben.

Unsere Werte verlieren ihre Gültigkeit auch nicht an den Grenzen Deutschlands. Deshalb habe ich mich in der Türkei im Rahmen einer Reise mit den beiden Beauftragten der christlichen Kirchen für Religionsfreiheit für die in der Türkei lebenden Christen eingesetzt.

Ich finde es ungeheuerlich, dass der türkische Ministerpräsident angeblich keine Zeit

hat, den Papst zu treffen, dass er die ausgestreckte Hand des Dialogs ausschlägt. In Europa jedenfalls ist es üblich, sich mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu treffen.

Können Sie sich vorstellen, dass es genauso selbstverständlich ist, dass eine christliche Kirche in Anatolien gebaut wird, wie eine der vielen Moscheen in Dresden, Berlin oder Köln? – ich mir leider noch nicht.

Deswegen wird für mich auch immer deutlicher: Unser Konzept der privilegierten Partnerschaft ist der richtige Weg. Und wenn sich die Türkei bei der Religionsfreiheit nicht endlich bewegt, dann muss das Folgen für den derzeit laufenden Verhandlungsprozess haben.

Liebe Freunde, zu unserem Profil gehört unsere Stärke in den Ländern. Die CDU und Deutschland – das ist eine starke Kombination. Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser – und das seit Jahren. Es sind nur noch zwei Länder, in denen wir nicht regieren bzw. mitregieren: Berlin und Rheinland-Pfalz. Da braucht es für die SPD keinen Sitzungssaal, da braucht es auch keine Telefonschaltkonferenz. Um es salopp auszudrücken: Wowereit und Beck passen in eine Telefonzelle.

Stichwort Wowereit, dieser „Wackel-Wowereit“: Der macht jetzt, wie wir alle gelesen haben, auf Kultur. Was hat ihn eigentlich dazu qualifiziert?

Der Mann macht den Religionsunterricht in Berlin kaputt und will die Einheitsschule einführen. Das werden wir niemals akzeptieren.

Liebe Freunde, Angela Merkel schafft Fakten vom ersten Tag an. Die Rente mit 67 ist unsere Antwort auf den demografischen Wandel. Die Senkung der Lohnnebenkosten macht Arbeit in Deutschland wieder attraktiver. Die Unternehmensteuerreform führt dazu, dass Unternehmen in Deutschland

und nicht im Ausland Steuern zahlen. Die Föderalismusreform steht für schnelle Entscheidungen und mehr Transparenz. Wir investieren mit der Hightechstrategie und der Exzellenzinitiative in Köpfe. Das ist nach meiner festen Überzeugung eine Trendwende, auch im Stil der deutschen Politik.

Dieser Stil verbindet sich mit einem Namen. Der Stilwandel verbindet sich mit Angela Merkel. Schluss mit leeren Versprechungen! Schluss mit großen Ankündigungen! Schluss mit großer Show! Das ist die neue Politik der Christlich Demokratischen Union für Deutschland.

Im In- und Ausland wird Angela Merkel als verlässliche und seriöse Partnerin sehr geschätzt. Sie wird als Partnerin geschätzt, die zu ihrem Wort steht. Sie wird gehört, sie verteidigt die Menschenrechte. Dies ist das krasse Gegenteil zu den peinlichen Verbrüderungsszenen mit dem angeblich lupenreinen Demokraten. Wir sind stolz darauf, dass Angela Merkel diesen Weg nicht geht.

Mir ist es recht, dass im Zusammenhang mit Herrn Schröder die eine oder andere Berichterstattung in den letzten Wochen stattgefunden hat. Ich sage klar und deutlich: Mir ist es ganz recht, dass er jetzt Bücher statt Gesetze für Deutschland schreibt, die uns in aller Regel nur geschadet haben. So ist es allemal besser.

Für die Trendwende stehen aber auch unsere Minister: Von Schily zu Schäuble heißt von doppelter Staatsbürgerschaft zum Islam-Gipfel, von Bulmahn zu Schavan heißt vom Verbot von Studiengebühren zur Exzellenzinitiative, von Schmidt zu von der Leyen heißt vom Lebenspartnerschaftsgesetz zum Bündnis für Erziehung und von Struck zu Jung heißt von der Konzeptlosigkeit zum Weißbuch der Bundeswehr. Herzlichen Dank an unseren Bundesverteidigungsminister.

Um es klar zu sagen: Unsere Überzeugungen sind trotz Großer Koalition unverändert. Deshalb komme ich jetzt zu den Punkten, bei denen wir mehr wollen. Wir wollen stärkere Wettbewerbselemente bei der Gesundheitsreform, das ist mit der SPD nicht zu machen. Stichwort Arbeitsmarkt: betriebliche Bündnisse und Lockerung des Kündigungsschutzes sind mit der SPD leider nicht zu machen, aber wir werden auch durch die Beschlüsse des heutigen Parteitags deutlich machen, dass wir der Überzeugung sind, dass durch betriebliche Bündnisse für Arbeit und durch eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes die Chance entsteht, zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

Der Ausstieg aus dem Atomausstieg ist mit der SPD nicht zu machen, noch nicht: Die SPD sehnt sich oft nach Basta und Machtworten. Lieber Koalitionspartner, das kriegen sie. Flächendeckende Mindestlöhne gibt es mit uns in Deutschland ganz sicher nicht.

Den EU-Beitritt der Türkei wird es so nicht geben. Unser Modell ist die privilegierte Partnerschaft. Bei dieser Überzeugung werden wir bleiben.

Bürgerzwangsversicherung bei Gesundheit und Pflege: Mit uns gibt es keine Chance auf eine Bürgerzwangsversicherung, weder bei der Gesundheitsreform noch bei der anstehenden Reform der Pflegeversicherung.

In der Großen Koalition werden die Unterschiede zwischen Union und SPD deutlicher sichtbar. Das erleben wir bei allen Debatten. Deshalb ist klar: Die Große Koalition ist eine zeitlich begrenzte Arbeitskoalition. Unser Ziel ist es, auch nach 2009 zu regieren, dann allerdings ohne die Sozialdemokraten.

Die CDU ist seit dem Erfurter Parteitag 1999 einen weiten Weg gegangen. Erfurt

markiert den Aufbruch, Leipzig steht für die Zukunft der Sozialversicherung und des Steuersystems, Düsseldorf für die Zukunft des Arbeitsmarktes. Das ist programmatisch eine Menge. Ich füge hinzu: All diese Beschlüsse gelten und wir lassen nicht daran rütteln, dass die programmatische Arbeit, die wir am Beginn dieses Jahrzehnts geleistet haben, infrage gestellt wird. Unsere Beschlüsse gelten uneingeschränkt weiter.

Liebe Frau Barzel, Sie haben mir einen unvollendeten Text Ihres Mannes zugesandt. Es sollte sein Beitrag zu unserem neuen Grundsatzprogramm werden und trägt den eindrucksvollen Titel: Wir glauben an die Kraft des deutschen Volkes. Ihr Mann hat Sie gebeten, mir den Entwurf auch im Falle seines Todes zuzuleiten. Zu dem schon fest geplanten Gespräch zwischen Ihrem Mann und mir ist es leider nicht mehr gekommen. Umso mehr bin ich für das Vermächtnis Rainer Barzels dankbar. Es zeigt in bewegenden Worten, dass die CDU aus der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entstanden ist. Er schrieb, dieses kurze und prägnante Zitat möchte ich Ihnen vortragen:

Wir erkannten, dass nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands ausmacht.

Die CDU ist als Partei der Freiheit entstanden. In den Gefängnissen des Nationalsozialismus und in der Widerstandsbewegung gegen die Diktatur finden sich die Wurzeln unserer Partei. Es entstand die Partei der uneingeschränkten Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen. An diesem Erbe halten wir fest. Die CDU ist und bleibt die Partei des christlichen Menschenbildes. Das ist die Grundlage unserer Politik. Mit diesem Schatz gehen wir in die Offensive, gleichzeitig laden wir Andersgläubige und Nichtgläubende, die unsere

Werte und Grundsätze teilen, ausdrücklich ein, bei uns mitzuarbeiten. Die Klammer, die uns verbindet – darüber haben wir sehr lange in den letzten Monaten in der Grundsatzprogrammkommission diskutiert –, ist die Würde und die Freiheit aller Menschen.

Angela Merkel hat es ebenso wie ich gesagt: Wenn wir über unsere Grundwerte reden, ist nichts wichtiger oder weniger wichtig. Für uns gibt es keine Hitliste der Grundwerte. Nach unserem Verständnis bedingen die Grundwerte einander. Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, heißt: Ein Lagerdenken zwischen „mehr Freiheit“ auf der einen Seite und „mehr Gerechtigkeit“ auf der anderen Seite ist mit der Idee der Volkspartei nicht zu vereinbaren. Wir lassen keinen Keil zwischen uns treiben. Rüttgers, Müller, Koch, Oettinger und Wulff gehören in der CDU zusammen und das muss so bleiben.

Genauso klar ist: Die CDU ist die Partei der Freiheit. Diese Freiheit müssen wir neu beleben, und zwar nicht weil sie uns mehr wert ist, sondern weil die Freiheit in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Die Idee der Subsidiarität, das Vertrauen in die kleine Einheit und die Eigenverantwortung der Menschen wurden zu wenig beachtet. Wenn ich dabei die Zeit von Rot-Grün betrachte, wurde sie sogar sträflich missachtet. Mit welchem Ergebnis? Solidarität und Gerechtigkeit haben in Deutschland über sieben Jahre lang extrem gelitten.

Die CDU ist die Partei der Solidarität. Die Solidarität des Einzelnen kann man nicht einfach an den Staat abtreten; denn auch hier gilt das Prinzip der Subsidiarität. Die Verantwortung des Einzelnen kommt zuerst. Der Staat hilft dann, wenn sich der Einzelne nicht selber helfen kann.

Die CDU ist die Partei der Gerechtigkeit. Wir verweisen dabei nicht inhaltsleer auf

„soziale Gerechtigkeit“; das ist zu billig. Wir sprechen von Chancengerechtigkeit, denn die Herkunft darf in Deutschland für die Zukunft eines Menschen nicht entscheidend sein.

Mein Vater war arbeitslos. Zum Glück hat er schnell wieder einen Job gefunden. Aber mir ist damals persönlich klar geworden, dass Bildung der bestmögliche Schutz ist, wenn es darum geht, solche Lebenssituationen zu verhindern oder möglichst schnell zu überwinden. Ich persönlich bin Umwege gegangen. Ich bin über den zweiten Bildungsweg gegangen. Zunächst habe ich Sozialpädagogik studiert, später Jura. Heute studieren nach meiner Überzeugung noch immer viel zu wenige Arbeiterkinder in Deutschland. Ein Ziel unserer Politik muss sein, dies in Deutschland zu verändern.

Liebe Freunde, mit unserem neuen Grundsatzprogramm werden wir zeigen, dass die drei Wurzeln der CDU lebendig sind: die liberale, die christlich-soziale und die konservative. Das sind unsere Wurzeln; sie prägen unsere Volkspartei als Volkspartei der Mitte.

Das zeigen wir in der Familienpolitik. Für uns ist Ehe und Familie Kern von Staat und Gesellschaft. Kein Sozialstaat der Welt kann ersetzen, was in Familien an Zusammenhalt geschaffen, an Werten vermittelt und an Liebe gegeben wird. Unsere Aufgabe ist, die Familie zu schützen und zu stärken, wo immer es geht. Deshalb haben wir uns in der Grundsatzprogrammkommission dafür ausgesprochen, das vorhandene Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern. Nicht nur Ehepaare, sondern alle Familien sollen das klare Signal bekommen: Wir tun etwas für Kinder und Familien in unserem Land. Darum wollen wir den Kindergartenbesuch mittelfristig beitragsfrei anbieten. Wir bewahren die Familie und stär-

ken sie. Das ist konservativ im besten Sinne des Wortes.

Liebe Freunde, hinter uns liegen bereits spannende Diskussionen in der Grundsatzprogrammkommission. Ich danke ganz besonders meinen Stellvertretern Annette Schavan, Dieter Althaus und Peter Müller für ihre Unterstützung und Professor Georg Milbradt für seinen Beitrag zum Familiensplitting.

Liebe Freunde, das Konrad-Adenauer-Haus rüstet sich für die anstehenden Wahlkämpfe. Über Bremen hinaus werden 2008 und 2009 Superwahljahre. Die Gespräche mit den Landesverbänden laufen. Das Konrad-Adenauer-Haus hat aber auch die Kreisverbände der CDU Deutschlands im Blick, und die haben ein Anrecht auf Planungssicherheit, insbesondere auf finanzielle Planungssicherheit. Deshalb sage ich hier und heute klar und deutlich: Der Sonderbeitrag unserer Mitglieder läuft wie versprochen Mitte 2008 aus.

Liebe Freunde, „Farbe bekennen!“: Das ist das Motto unserer Mitgliederwerbekampagne. Sie alle haben die Motive gesehen. Wir alle sind nicht jünger geworden. Eines

steht fest: In der Brillenmode und ganz offensichtlich auch bei der Haarlänge sind in der Christlich Demokratischen Union deutliche Fortschritte erzielt worden.

Ich bin sicher: Mit unserer christdemokratischen Identität, mit unserer optimistischen Haltung überzeugen wir die Bürger. Denn wir haben viel zu bieten: Die CDU ist die Partei, die die entscheidenden historischen Weichenstellungen vorgenommen hat, Konrad Adenauer mit der Westbindung, Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft, Helmut Kohl mit der Wiedervereinigung, und jetzt machen wir mit Angela Merkel Deutschland fit für das 21. Jahrhundert.

Die CDU ist die Partei, die mit dem Dreiklang aus unverwechselbarem Profil, erfolgreichem Regieren und klarem Programm alle Chancen hat – davon bin ich überzeugt –, am Wahltag 40 plus x in ganz Deutschland zu erkämpfen. Gehen wir selbstbewusst raus! Die CDU überzeugt. Die CDU führt. Die CDU bewegt. Wir sind die Volkspartei für Deutschland. Unser Ziel heißt: Deutschland erfolgreich machen. – Herzlichen Dank.

CDU Deutschlands - 20. Parteitag in Dresden - Microsoft Internet Explorer

Adresse <http://www.dresden2006.cdu.de/>

20. Parteitag der CDU Deutschlands
27. bis 28. November 2006 - Messe Dresden

Besser für die Menschen

Sie befinden sich hier: Home

HOME
PROGRAMM
ANTRÄGE + BESCHLÜSSE
WAHLEN
REDEN + BERICHTE
IMPRESSIONEN
ORGANISATION
ANFAHRT

Merkel: „Wir können Deutschland wieder erfolgreich machen“

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat den 20. Parteitag in Dresden mit einer Grundsatzrede eröffnet. Vor den etwa 1000 Delegierten bezeichnete sie das vorzeitige Ende von Rot-Grün als „größten Erfolg der letzten zwei Jahre seit dem Dusseldorfer Parteitag“. Einen besseren Dienst habe die CDU „unserem Land nicht erweisen können“, fügte die Kanzlerin unter dem Beifall der Delegierten hinzu. In den ersten zwölf Monaten habe die Große Koalition mehr erreicht als manche Vorgängerregierung in Jahren.

weiter lesen...>

Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, auf dem 20. Parteitag am 27. November 2006 in Dresden.
Download (PDF, 216 KB)

Profalla will CDU zur stärksten Partei machen

AKTUELLES
Deutschland ist in Fahrt - Jobmotor läuft
Ehrliche Antwort auf Herausforderungen unserer Zeit
Profalla will die Flügel miteinander schlagen lassen
Merkel: Deutschland hat die besten Jahre vor sich
Profalla will CDU zur stärksten Partei machen

MITGLIED WERDEN
Farbe bekennen. Mitglied werden. Machen Sie mit. Werden Sie Mitglied in der CDU.

Diskussionen sind auf <http://www.dresden2006.cdu.de/> nicht verfügbar

Auf den Parteitagseiten stehen Ihnen umfangreiche Informationen rund um den 20. Parteitag zur Verfügung. Unter <http://www.dresden2006.cdu.de> finden Sie neben den wichtigsten Reden u.a. auch den Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle, den Frauenbericht sowie die von den Parteitags-Delegierten verabschiedeten Beschlüsse.

